



## Maßnahmen gegen Armut und die soziale Krise

### Was im Regierungsprogramm steht

- Sensibilisierungsstrategie im Umgang mit Minderheiten und Menschen am Rand
- Frühe Hilfen österreichweit ausbauen und finanzieren
- Therapien voll übernehmen
- Ferienbetreuung
- Unterhalt mit Familienbeihilfe verlängern
- Kinder und Jugendhilfe länger als bis 18 Jahren
- Niederschwellige Familienberatungsangebote ausbauen
- Soziale Grundrechte stärken und in die Verfassung
- Präventive Entlastung für young carers

### Vorschläge und Forderungen der Armutskonferenz

#### 1. Bildungsungleichheit reduzieren

- Garantie eines mittleren Bildungsabschlusses für alle Kinder.
- bundesweiten Ausbau von SchulsozialarbeiterInnen und Ausbau nachgehender Sozialen Arbeit.
- *Chancenindex Schule*: Unterstützung von „Brennpunktschulen“ mit empirisch erhobenem Chancenindex kombiniert mit Schulentwicklung. Mehr Ressourcen rund um die Schule, Schulassistenten, Sozialarbeit, Elternzusammenarbeit, Haltung Lehrende werden gehoben.

#### 2. Unterausschuss „Armutsbekämpfung“ im Parlament einsetzen

Stimmen gegen Armut hör- und sichtbar machen.

#### 3. Insolvenzen und Privatkonkurs abfangen

- Besonders gefährdet sind Menschen ohne Arbeit, mit vermindertem Einkommen sowie gescheiterte Selbstständige.
- Ausreichende Ausstattung der Schuldenberatungen in der Krise.

#### 4. Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

- Die Ausbildungsgarantie bis 25 Jahre muss auf differenzierte Bildungsangebote abzielend durch den Bund eingehalten werden! Besonderes Augenmerk ist auf Jugendliche mit



brüchigen Biografien zu richten, die jetzt viel Stabilisierung und Struktur brauchen.

- Überbetriebliche Lehrwerkstätten, **Produktionsschulen** ausbauen: Ziel der Schule ist es, die Schüler/innen auf den Weg zu persönlichem Selbstbewusstsein sowie Ausbildungs- und Berufsreifekompetenz zu führen. Das ist in mannigfaltigen Bereichen mit (Teil)Lehren möglich.

## 5. Kinderarmut vermeiden

- Einführung einer universellen Kindergrundsicherung, die unabhängig ist von der Familienform, Herkunft oder Aufenthaltsstatus der Eltern.
- „Präventionskette“ zur Vermeidung von Kinderarmut.

## 6. Alleinerziehende: Reform des Unterhaltsrechts

Gibt immense Lücken, die für Armut verantwortlich sind.

- Unterhalt in Mindesthöhe altersgemäßer Regelbedarfs- bzw. Richtsätze auf Basis aktueller Kinderkosten.
- Ausweitung des Unterhaltsvorschusses, insbesondere der Altersgrenze bis zum Ausbildungsende.
- Rasche Umsetzung der Unterhaltsreform ausgerichtet am Wohl der Kinder.
- Vereinfachung der Unterhaltsvorschussverfahren.

## 7. Sozialhilfe: Menschen mit Behinderungen absichern

- Die Unterhaltspflicht von Eltern gegenüber Kindern mit Behinderungen soll mit dem 25. Lebensjahr begrenzt werden. Damit muss auch die bestehende Verpflichtung enden, dass erwachsene Menschen mit Behinderungen ihre eigenen Eltern auf Unterhalt verklagen müssen.

## 8. Kindergesundheit: Schließen der Therapie Lücke

Zehntausende Kinder erhalten nicht die für sie notwendigen Therapien.

## 9. Gesundheitsverträglichkeitsprüfung einführen

„Health Impact Assessment“ (Gesundheitsfolgenabschätzung) ist eine Kombination aus Verfahren, Methoden und Werkzeugen zur Vorhersage und Einschätzung von positiven und negativen gesundheitlichen Folgen auf betroffene Bevölkerungsgruppen, die durch Vorhaben unterschiedlichster Art entstehen können.

Erweiterbar auch durch eine „Sozialverträglichkeitsprüfung“ gesetzlicher Maßnahmen.



## **10. Investitionen in soziale Dienstleistungen für mehr Wachstum und Beschäftigung**

Bessere Versorgung von Menschen mit Unterstützungsbedarf, Mehr Jobs, mehr Beschäftigung, Vereinbarkeit Beruf und Familie, regionale Entwicklung, sozialen Ausgleich.

## **11. Verfestigte, lang andauernde Arbeitslosigkeit verhindern**

- Dafür braucht es Qualifizierungsangebote, Beschäftigung in Sozialen Unternehmen ebenso wie Angebote, die Arbeiten und Lernen miteinander verbinden. Insbesondere müssen alle Menschen mitgedacht werden, die unter den derzeitigen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt keine existenzsichernde Beschäftigung finden.
- **Fachkräftestipendium** ermöglichen und unbefristet einsetzen.
- **Verbesserte Version der Aktion 20.000** für ältere Arbeitssuchende, unter anderem Namen, besonders für ältere und auch kranke Arbeitslose wichtig.
- **Integrationsjahr** für anerkannte Flüchtlinge.

## **12. Gewaltprävention für Frauen und Kinder**

Eine gesicherte existentielle Unterstützung für gewaltbetroffene Frauen und Kinder sowie den bundesweiten Ausbau und die finanzielle Absicherung der Frauenhäuser.

## **13. Jugendhilfe bis zum 24. Lebensjahr**

Betroffene Jugendliche brauchen Hilfe und Unterstützung über das 18. Lebensjahr hinaus.

## **14. Neue Mindestsicherung, die Existenz, Chancen und Teilhabe sichert**

Die Sozialhilfe erhöht die sozialen Probleme statt sie zu vermeiden.

## **15. In sozialen Wohnbau investieren**

Wohnen ist für viele nicht mehr leistbar und ein hohes Armutsrisiko geworden.

## **16. Soziale Menschenrechte in der Verfassung verankern**

Grundrechtsschutz stärken: Rechte statt Almosen.